

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Zur „Diskussion“

Eine besondere Rolle unter den Periodica, die sich unseres Verhältnisses zum Judentum oder zu Israel annehmen, spielt die außerhalb der Universitäten noch wenig bekannte Berliner Zeitschrift „Diskussion, Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft und der deutsch-israelischen Beziehungen“. In ihr findet sich nicht die Wärme der Bemühungen mancher anderer Zeitschriften zum selben Themenbereich. In ihr geht es nicht darum, Vergangenes zu bewältigen. Sie analysiert; sie beleuchtet kritisch die Voraussetzungen der deutschen Vergangenheit und der Gegenwart. Gegenüber der Kühle ihrer Kritik nehmen sich dabei sonst zu findende Beiträge zur Bewältigung der Vergangenheit, selbst und gerade die ernst-

lichsten, oftmals fast gemächlich aus. Die deutsch-israelischen Beziehungen, belastet nicht nur von unserer Geschichte, vielmehr von unserer geschichtlich bestimmten gesellschaftlichen Gegenwart, und somit diese Beziehungen als Problem unserer Gesellschaft — das ist das Interesse der „Diskussion“. Konkreter gesagt:

„Nur wenn wir unsere Gegenwart ständig auf ihr faschistisches Potential hin befragen und unser politisches Engagement an den Befunden solchen Befragens orientieren, nur wenn wir alles tun, um die durch Namen wie Auschwitz, Coventry oder Lidice gezeichnete Vergangenheit nie Gegenwart werden zu lassen, haben wir ein Recht darauf, zu den Opfern in irgendeine konkrete Beziehung zu treten. . . Nicht um Versöhnung geht es (dabei) . . ., sondern . . . um Einsicht in die Verhältnisse, damit wir die Verhältnisse ändern und die Gesellschaft so einrichten können, daß eine Wiederholung von Auschwitz verhindert wird.“ (*Heinz Wewer* in dem Eröffnungsartikel — Heft 18 — einer über drei Hefte hin geführten Auseinandersetzung über „Deutsch-israelische Beziehungen“.)

So zentral diese Fragestellung damit wird, so ist sie doch nicht gänzlich einmalig. Mit der „Diskussion“ ist sie jedoch erstmalig zum Programm der laufenden Auseinandersetzung in einer Zeitschrift geworden. Einer Zeitschrift übrigens — mag das Zufall sein oder nicht —, die von Studenten und Doktoranden (an der Freien Universität) herausgegeben und redigiert wird und ganz auf freiwillige (unentgeltliche) Tätigkeit, Mitarbeit und Unterstützung angewiesen ist.

Der Kreis der Themen, die im Bereich der zentralen Fragestellung dieser Zeitschrift behandelt werden, sei durch einige Titel aus den letzten Nummern illustriert: „Öffentliche Meinung und NS-Prozesse“ (*Reinhard Henkys*), „Was geschieht mit dem 20. Juli?“ (*Prof. Helmut Gollwitzer*), „Ein Volk und seine Mörder“ (*Prof. Dietrich Goldschmidt*), „Die Haltung der deutschen Universitäten zur Weimarer Republik“ (*Prof. Kurt Sontheimer*), „Die braune Universität“ (*Peter Müller*), „Aggression als soziales und erzieherisches Problem“ (*Prof. Berthold Simonsohn*), „Zur Sozialphilosophie Martin Bubers“ (*Wolf-Dietrich Gudopp*), „Waffenhilfe an Israel und deutsche Demokratie“ (*Peter Müller*), „Schutz der Demokratie durch Notstandsgesetze?“ (*Dorothee Peters*); hervorgehoben sei vor allem ein in vier Folgen (Heft 14—17) fortgeführter Diskussionsbericht einer Forschungsgruppe an der Freien Universität „Zur Analyse des faschistischen Antisemitismus“.

In der neuesten Ausgabe (Nr. 20) ist am bemerkenswertesten der Aufsatz „Das Denken der Rechten“, in dem *Prof. Iring Fetscher* drei charakteristische Topoi rechtsradikaler, d. h.

auf Abbau des gegenwärtigen Status im Demokratisierungsprozeß ausgehender, Argumentation behandelt: 1. den Vorwurf der Verschwörung und Aggressivität, gerichtet insbesondere gegen Gewerkschaften und „Intellektuellenzirkel“, 2. den Vorwurf der Wertentfremdung, der Entwurzelung und des zersetzenden Charakters (der Intellektuellen), 3. die Forderung nach Wiedergewinnung des nationalen Selbstbewußtseins (bis hin zur Rede vom „Ende der Nachkriegszeit“). Zum ersten dieser Punkte führt er aus:

„Sozialpsychologisch ist das Phänomen der Projektion, dem wir bei fast allen rechten und rechtsradikalen Autoren begegnen, interessant. Es besteht darin, daß dem ‚anderen‘ oder ‚Feind‘ Motive unterstellt und vorgeworfen werden, die man insgeheim selbst hat (und daher nur allzugut kennt), aber aus irgendeinem Grunde nicht offen zu bekennen wagt, ja, derer man sich vielleicht nicht einmal selbst bewußt ist. Der den Intellektuellen gemachte Vorwurf der Aggressivität und Machtgier dürfte ein deutliches Indiz für das Machtbedürfnis gerade jener Publizisten und Wissenschaftler sein, die stets mit den herrschenden Kreisen und Verbänden zu identifizieren sich bemühen. *Armin Mohler* als Berater von *Fr. J. Strauß* und *Rüdiger Altmann* beim Deutschen Industrie- und Handelstag wie im Beraterteam *Ludwig Erhards* sind dafür ebenso signifikativ wie *Arnold Gehlen*, der in dem zitierten Vortrag Unternehmer dazu anhält, mehr Selbstbewußtsein zu entwickeln . . .“

Auf unsere gegenwärtigen Verhältnisse wendet *Fetscher* die von ihm dargelegten Gedanken schließlich an; mit sehr ungünstigem Ergebnis.

Außerdem enthält diese Nummer eine Untersuchung von *Ludwig Liegler* über die bisherigen Formen öffentlich geförderter Kontakte mit Israel, in der er zu dem Schluß kommt, es sei gerade die Praxis dieser Förderung und Ermunterung, die über einen Mechanismus der „Verdrängung unserer Probleme durch die deutsch-israelische Beziehungsfreudigkeit“ zu einem gegenwärtigen Tiefstand dieser Beziehungen geführt habe.

Peter Müller setzt den in der Nummer 19 begonnenen Beitrag über „Die braune Universität“ fort und analysiert die Reaktionen der Universitäten an einigen konkreten Fällen, wie denen der Professoren *Hofstätter*, *Moser*, v. *Poelnitz*, *Schwinge* u. a.

Erwähnt seien noch von *Gerhard Schoenberger* eine „Ansprache in Dachau“, sowie schließlich zwei kürzere Betrachtungen, die eine zu dem Film „Afrika Addio“, dessen Bewertung („wertvoll“) und Aufnahme bei uns nach dem Ansatz der Zeitschrift sehr viel mit unserem Verhältnis zu den Juden zu tun hat; die andere zu dem Krieg in Vietnam: „Wo liegt Guernica?“ von *Uwe Dammn*. Gerade

hieran mag nochmals — und sollte es in Anstoß erregender Weise — das Engagement dieser Zeitschrift klarwerden. Es ist das rationale Engagement, das stets zur Solidarität mit denen führen muß, von denen es — heute oder einst — heißt: „... sind unser Unglück.“

(„Diskussion“, Deutsch-Israelische Studiengruppe an der Freien Universität Berlin, 1 Berlin 33, Gelfertstraße 45. Erscheinungsweise: dreimal im Jahr.) *Martin Bennhold*

Die Welt zusammenhalten!

In seiner Dankansprache nach der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels — in der Paulskirche zu Frankfurt am 25. September 1966 — hat Dr. *Willem Visser't Hooft*, der langjährige Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, so bedeutende Gedanken entwickelt, daß wir seine Rede hier — nach dem in der Zeitschrift *Kirche in der Welt* (Oktober 1966) veröffentlichten Wortlaut — auch unseren Lesern zugänglich machen wollen:

„Die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an zwei Kirchenmänner, die auf dem Gebiete der ökumenischen Annäherung der Kirchen arbeiten, kann nur bedeuten, daß die ökumenische Bewegung unserer Zeit als ein Beitrag zum Weltfrieden verstanden wird. Ist sie das wirklich? Manche werden sagen, daß es bei diesen Ökumenischen Bestrebungen doch in erster Linie um den innerkirchlichen Frieden geht. Daß christliche Kirchen zusammenarbeiten und versuchen, im brüderlichen Gespräch ihre dogmatischen Gegensätze aus dem Weg zu räumen, daß die östlichen und westlichen Kirchen nach einer Trennung von tausend Jahren miteinander in herzliche Verbindung treten, daß die katholischen Kirchen und die Reformationskirchen nach vierhundert Jahren nicht nur miteinander reden, sondern voneinander lernen, daß auf Grund der Vorbereitung, in der die zwei heutigen Friedenspreispfänger zusammenarbeiten durften, eine Arbeitsgruppe zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen geschaffen werden konnte, das sind sicher kirchengeschichtliche Ereignisse, aber nicht direkte Beiträge zum Weltfrieden. Denn in unserem pluralistischen Zeitalter sind Religionskriege glücklicherweise nicht mehr zu befürchten.“

Ist die ökumenische Bewegung also nur eine innere Angelegenheit der Christen? Nein, sie ist sicher mehr. Es ging schon am Anfang der ökumenischen Bewegung nicht nur um die innere Einheit der Kirche, sondern sehr bewußt ebenso um das gemeinsame Wort, das die Kirche der Welt über Frieden und Gerechtig-

keit zu sagen hat. Der ökumenische Bahnbrecher *Nathan Söderblom* hat die Bewegung für Praktisches Christentum in den zwanziger Jahren geschaffen, weil er tief traurig und beschämt war über das Schweigen der Kirchen in den kritischen Jahren des ersten Weltkrieges.

Was in den Verlautbarungen der Vollversammlungen des Ökumenischen Rates der Kirchen und in den Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils über die grundlegenden Fragen des internationalen Lebens gesagt worden ist, ist nicht ohne Echo geblieben. Und ob schon die Regierungen die von den Kirchen gegebenen Warnungen nicht so ernst nehmen, wie sie es verdienen, so haben doch in manchen Fragen Stellungnahmen der Kirchen eine nicht unwichtige Rolle gespielt in der Bildung der öffentlichen Meinung. Ich brauche nur zu erinnern an das, was die wichtige Denkschrift der EKD zur Vertriebenenfrage über das Verhältnis zu Polen oder das Wort der Kirchen in den USA über den Vietnam-Krieg bedeutet haben.

Es ist sicher auch wichtig, daß die Kirchen wieder gelernt haben, auf internationalem Gebiet gemeinsam Stellung zu nehmen und heiße Eisen anzufassen.

In Fragen von Abrüstung und Menschenrechten, von Versöhnung zwischen früheren Feinden und von guten Beziehungen zwischen den Rassen hat das gemeinsam gesprochene Wort der Kirchen Gewicht gehabt. Und wir dürfen hoffen, daß die Zeit nicht fern ist, in der die ökumenische Bewegung so weit fortgeschritten sein wird, daß auch gemeinsame Stellungnahmen der Kirchen im Ökumenischen Rat und der römisch-katholischen Kirche erfolgen können und so die ganze Christenheit zusammen ihre Friedensbotschaft in konkreter Weise bringen wird.

Aber diese Antwort ist noch nicht ausreichend. Es gibt so viele Stimmen in der Welt. Es werden so viele Erklärungen und Resolutionen angenommen und veröffentlicht. Wenn die ökumenische Bewegung nur redet, so kann sie keinen wirklich entscheidenden Beitrag zum Weltfrieden geben. Was uns fehlt, sind nicht Gedanken und Pläne. Was uns fehlt, ist die Kraft, auszuführen, was wir nach unserem Wissen und Gewissen tun sollen. So viele unserer Ratschläge gehen von der naiven Voraussetzung aus, daß Vernunft und Altruismus diese Welt beherrschen.

Nehmen wir die wichtigste Frage unserer Zeit: die Frage nach dem Verhältnis der reichen und der armen Länder zueinander. Wir wissen schon, daß die Kluft immer größer wird. Wir wissen, daß eine solche Ungleichheit immer mehr als Unrecht empfunden wird, und daß, wenn dieses Problem nicht gelöst wird, es keinen dauerhaften Frieden geben kann. Wir wissen, daß es nicht genügt, eine bescheidene Ent-

wicklungshilfe zu geben, sondern daß die Struktur der Weltwirtschaft verwandelt werden muß, um zu einer internationalen sozialen Gerechtigkeit zu kommen. Aber wir tun es nicht, weil wir die nötigen Opfer nicht bringen wollen. Wir wollen Frieden, aber wenn es deutlich wird, daß der Friede kostspielig ist, weichen wir zurück.

Uns kann nur geholfen werden, wenn unser Egoismus, Provinzialismus und Nationalismus überwunden werden von einer Wirklichkeit, die größer ist als Ego, Provinz und Nation, und die uns so beherrscht, daß wir bereit sind, Opfer für sie zu bringen. Das bedeutet nicht, daß wir vaterlandslose Gesellen werden, sondern daß wir die Verantwortung der Nation ernst nehmen.

Und nun scheint mir, daß hier die eigentliche Bedeutung der ökumenischen Bewegung für den Weltfrieden deutlich wird. Denn es geht in ihr nicht nur um das Zusammenleben oder Zusammenreden, es geht vor allem um das Zusammendienen. Es geht um die Wiederentdeckung der kosmischen Aufgabe des Gottesvolkes. Es gibt ein merkwürdiges Dokument der alten Christenheit: den Brief an *Diognet*. Er ist wahrscheinlich im zweiten Jahrhundert geschrieben. Es steht dort dieses merkwürdige Wort über die Christen: *Sie halten die Welt zusammen*. Der Autor kann unmöglich an irgendeine imperialistische Weltbeherrschung durch die Christen gedacht haben.

Der Autor spricht in einer Lage, in der die Christen eine kleine Minderheit sind, und redet ausdrücklich von der Verfolgung, die sie erdulden müssen. Nein, er meint eine Aufgabe, die nur in Demut übernommen werden kann. Er sagt nur in seinen eigenen Worten, was das Evangelium meint, wenn es die Christen Salz der Erde und Licht der Welt nennt. Er weiß, daß, ob Minderheit oder Mehrheit, ob reich oder arm, die Christenheit aufgerufen ist, sich in der Nachfolge ihres Herrn für die ganze Menschheit verantwortlich zu wissen. Sie sind da für die Mitmenschen. Alle sind Brüder, für die Christus gestorben ist. Um aber die Welt zusammenzuhalten, müssen sie in ihrem eigenen gemeinsamen Leben zeigen, daß sie zusammengehalten werden. Uneinigkeit ist eine Verleugnung ihrer Sendung. Sie, gerade sie, müssen es sichtbar machen, daß die Kräfte, die in der Welt zum Kampf aller gegen alle führen, nicht das letzte Wort zu haben brauchen. Als Glieder der in Christus begründeten Ökumene leben sie für die ganze Ökumene. Ihre Solidarität mit der Menschheit ist unbegrenzt.

Ich sage nicht, daß die Kirchen die volle Tiefe und Weite dieser Dimensionen der ökumenischen Wirklichkeit schon entdeckt haben. Ich sage nur, daß dieser Zündstoff in der ökumenischen Bewegung wirkt. Die großen Momente der ökumenischen Existenz sind schon

heute diejenigen, in denen dieses Zusammenhalten Ereignis wird und Brücken gebaut werden zwischen Menschen, die etwa aus ihrer östlichen oder westlichen Perspektive, aus der Sicht der reichen oder der armen Länder zu radikal verschiedenen Stellungnahmen gekommen waren. Auf diesem Weg dürfen wir, müssen wir vorwärtsgehen. Wenn es gelingen sollte, den Christen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie diese wunderbare Aufgabe haben, würden die Kirchen noch ganz anders dem Weltfrieden dienen können. Es ist erfreulich, daß in manchen Ländern, auch besonders in Ihrem Lande, viel gegeben wird für internationale Hilfe. Aber bedenken wir, was es bedeuten würde, wenn alle Christen ihre Solidarität mit den hungrigen Massen Asiens und Afrikas wirklich ernst nehmen würden, und wenn alle Kirchen zusammen in Tat und Wort sich daranmachen würden, auf eine gerechte soziale Ordnung auf internationaler Ebene hinzuwirken."

Hinweise

Eine Untersuchung über „Die volkswirtschaftliche Problematik der Luftverunreinigung“, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik, hat *Wolfgang Michalski* im *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* veröffentlicht (11. Jahr, 1966, S. 124—154).

Eine Abhandlung über „Beamtentum und Streik“ von Reinhard Hoffmann, der dieses Thema in verkürzter Fassung auch in unserer Zeitschrift behandelt hatte (GM 1964, S. 610—616), ist im *Archiv des öffentlichen Rechts* erschienen (91. Band, Heft 2/1966, S. 141—192).

In den letzten Heften der Zweimonatschrift *Die Neue Ordnung* (Paderborn) sind wieder einige besonders lesenswerte Aufsätze erschienen; in Heft 4/1966: Paritätische Mitbestimmung — Chance oder Irrweg? (Rolf H. Kasteleiner), Die Mitbestimmung — ein gesellschaftspolitisches Problem (Bernhard Tacke); in Heft 5/1966: Elitebildung in der modernen Massengesellschaft (Joachim H. Knoll), Die Demokratie im Urteil neuerer evangelischer Ethik des Politischen (Albrecht Langner), Die Idee der Mitbestimmung — Gründe und Beweggründe (Wolfgang Vogt).

Die *Heidelberger Blätter* (herausgegeben von der Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft — Hochschulgruppe Heidelberg) haben ihr Doppelheft 8/1966 dem Thema „Mitbestimmung und Aufklärung“ gewidmet und außerdem ein 64 Seiten starkes Sonderheft zur Dokumentation über den Krieg in Vietnam herausgegeben. W. F.